

Volks-Zeitung



Eine schwimmende Jugendherberge

Mit „Unterhaltungs-Blatt“
Moden-Zeitung Sport-Zeitung
Film-Zeitung Haus u. Garten-Ztg.
Techn.-Zeitung Witzblatt „ULK“
BERLIN WINDIG, REGENRICH

2 MAL TÄGLICH = 60 PFG. WÖCHENTLICH



Engo Freund-schaft

Industrie-Warnung vor Kuhstall-Politik Sittlichkeits-Verbrechen eines Arztes

So geht es nicht

Der Kampfbeginn des Antipazifisten Mahraun

Artur Mahraun, der ausserparlamentarische Führer der Staatspartei, proklamiert in seinem jugendlichen Organ den „Kampfbeginn“, worunter er wohl den Eintritt in den Wahlkampf gegen die anderen Parteien meint. Ohne Rücksicht auf die in den Reihen der neuen Partei befindlichen Demokraten, die sich mit früheren, nicht zur Staatspartei übergetretenen Parteifreunden, mindestens ebenso verbunden fühlen, wie Herr Mahraun der schwarzweissen Fahne, hält der „Hochmeister“ der Pazifisten für zweckmässig, den ersten Hieb gegen die Pazifisten zu führen, die eine Zierde der bisherigen Demokratischen Partei waren. Er nennt sie „Radikalpazifisten“, meint aber damit nicht die Apostel der unbedingten Gewaltlosigkeit, sondern bedenklich mit dieser falschen Bezeichnung auch die auf dem Boden der Wirklichkeit stehenden Vorkämpfer des Pazifismus, wie Professor Quidde, der, im grauen Haar noch ein Jugendlicher, bereits lange Zeit pazifistische Zukunftsarbeit geleistet hatte, als die Welt den Namen Mahraun im Zusammenhang mit einer mittelalterlich aufgelegenen Organisation zum ersten Male hörte. Herr Mahraun schreibt:

... immer wieder die Sorge laut, die Sache könnte letzten Endes nur mit einer Aufrichtung der Demokratischen Partei enden. Man fürchtete, dass die Radikalpazifisten, wenn auch nur äusserlich, der Partei das Gepräge wahren deutschen Volksbewusstseins nehmen könnten. Ist doch ein solches Volksbewusstsein in heutiger Zeit nur möglich mit dem gleichzeitigen Bekenntnis zu der für unsere Selbstbehauptung notwendigen Landesverteidigung. Die Radikalpazifisten sind gegangen. Dabei sei nicht vergessen, die Art hervorzuheben, in der besonders Professor Quidde, seiner Ueberzeugung folgend, den Weg zur Staatspartei ablehnte. Wir begrüssen um der grossen Sache willen den Trennungstrich, den Herr Quidde zwischen sich und der Deutschen Staatspartei gezogen hat. Wir versagen ihm aber keineswegs die menschliche Achtung.“

Um es nochmals festzustellen: Professor Quidde ist kein Radikalpazifist, was ein politischer Führer wissen muss. Und es ist nicht zu begrüssen, dass Quidde der Staatspartei nicht angehört, es ist das für sie vielmehr ein offensichtliches Manko, und die Staatspartei wird an ihrem Führer noch viel Erziehungsarbeit zu leisten haben, damit er das einsichtige und einigiges politisches Fingerspitzengefühl bekommt.

Der „Jungdeutsche“ ist weiter entrüstet darüber, dass in einer Wahlversammlung ein deutschnationaler Studienrat Familienanzeigen mit jüdischen Namen, die im „Berliner Tageblatt“ standen, in den „Jungdeutschen“ verlegt hatte. „Ja, wäre es denn ein Unglück, wenn jüdische Anzeigen in dem Mahraun-Organ stünden? Wo doch Hugenberg selbst mit dem jüdischen Kalbe zu pflügen weiss, worauf, bei etwas mehr Sinn für Humor, der „Jungdeutsche“, wenn er schon mit Rücksicht auf seinen Arierparagrafen sich zur Abwehr für verpflichtet hielt, hätte hinweisen können, um die Lacher auf seiner Seite zu haben.“

Die Belastung der Kranken

W. T. B. teilt mit: Nach der Notverordnung vom 23. Juli 1930 haben die gegen Krankheit versicherten Personen von den Kosten für Arznei und Heilmittel einen angemessenen Teil zu tragen. Zur Durchführung der Vorschrift haben die Vertreter des Deutschen Apotheker-Vereins und der Spitzenverbände der Krankenkassen am 14. August ein Abkommen entworfen. Es darf damit gerechnet werden, dass der Entwurf auch von den Verbänden gebilligt wird. Das Abkommen tritt am 1. September in Kraft.

In den Haaren liegen sich beide

Industrie gegen Landwirtschaft — Der Finnland-Vertrag als Zankapfel

Das Reichskabinet hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Frage der Kündigung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages befasst. Beschlüsse sind jedoch nicht gefasst worden.

Das war zu erwarten. Denn die Angelegenheit ist, besonders im Hinblick auf die sich daraus für die deutsche Wirtschaft ergebenden schweren Folgen, so bedeutsam, dass die Entscheidung nicht im Galop zu treffen ist.

Der Ernährungsminister Schiele fühlt sich verpflichtet, zumal man im Wahlkampf sieht, der im hellen Aufbruch befindlichen „Grünen Front“ zu den gewünschten höheren Butter- und Käsezöllen zu verhalten. Der Reichsaussenminister Curtius und der Reichsarbeitsminister Stegerwald sehen handelspolitische und innerwirtschaftliche Schwierigkeiten voraus und sträuben sich dagegen. Es ist daher nicht zu übersehen, wie die Entscheidung des Kabinetts, auf das Schiele durch seine Rücktrittsdrohung den schwersten Druck ausübt, lauten wird. Aber es müsste nicht eine Regierung sein, wenn sie nicht letzten Endes doch den Schiele-Agrariern nachgeben sollte.

Die Organisationen der Industrie suchen das Unheil mit Protesten, Beschwörungen und Anregungen aufzuhalten. Sie, die bislang alle Zollwünsche der Landwirtschaft unterstützt hat, sieht sich plötzlich am Abgrund. Bezeichnend für die Ansicht der Industrie ist folgende Stelle aus einer Denkschrift des Vereins deutschen Maschinenbauanstalten:

„Die deutsche Maschinenindustrie wird durch die infolge der deutschen Agrarzollpolitik hervorgerufene Bewegung in

Holland und den anderen am Export agrarischer Erzeugnisse nach Deutschland interessierten Ländern gegen den Einkauf deutscher Waren besonders hart getroffen und ist ausserordentlich beunruhigt. Um das Ziel der interessierten Kreise, nämlich Aufhebung aller Käsezollbindungen, zu erreichen, müssten aber auch die wichtigen Handelsverträge Deutschlands mit Holland, Frankreich, Dänemark, der Schweiz und Italien gekündigt werden, da in allen diesen Verträgen die deutsche Käserolle ebenfalls gebunden sind. Die englische Industrie hat schon sehr geschickt die neue Boykottbewegung auszunutzen verstanden, indem sie darauf verwies, dass England mindestens ein so grosser Abnehmer von Agrarerzeugnissen sei, aber keinen Zoll erhebe. Der V. D. M. A. richtet daher an die Reichsregierung erneut die dringende Bitte, dem Verlangen nach Kündigung des deutsch-finnischen Handelsvertrages unter keinen Umständen nachzugeben.“

Ueber diese und ähnliche Bremsversuche der Industrie schäumen die Landbändler. Industrie und Landwirtschaft, bisher ein Zweckverband gegen die Interessen der Konsumenten, sind sich bereits in die Haare geraten. Wie wird das erst werden, wenn die verhängnisvolle Kündigung des Finnland-Vertrages tatsächlich erfolgen sollte!

Auf einer Tagung des landwirtschaftlichen Beirats der rheinischen Zentrumspartei hat Reichsminister a. D. Hermes, der Agrarexpert des Zentrums, den gegen die Kündigung des Finnland-Vertrages gerichteten Vorstoss des Reichsverbandes der Deutschen Industrie als eine „Illoyalität“ und als einen „Vorstoss gegen klare Vereinbarungen“ bezeichnet.

Zaleskis Protest gegen Treviranus

Unterredung mit dem deutschen Geschäftsträger

WARSCHAU, 14. August. (Eigener Bericht.)

Die Pressestelle des polnischen Ausserministeriums lässt durch die polnische Telegraphenagentur folgendes Communiqué verbreiten:

„Unverzüglich nach der Rückkehr aus Reval hat Herr Minister Zaleski mit dem deutschen Geschäftsträger in Warschau eine Unterredung gehabt, die mit der letzten Rede des Reichsministers Treviranus im Zusammenhang steht. Minister Zaleski hat im

Namen der polnischen Regierung in entschiedener Weise formellen Protest eingelegt gegen das Hervortreten eines Mitgliedes der Reichsregierung, das gegen die Integrität des polnischen Staates gerichtet ist. Der Minister hat darauf hingewiesen, dass derartige Aeusserungen jede Tätigkeit innerhalb der Beziehungen zwischen den beiden Staaten unmöglich machen, ja noch schlimmer, Stimmungen schaffen, die zu den Grundsätzen friedlicher Zusammenarbeit im Widerspruch stehen.“

„Kündigungs-Zurücknahme und Kurzarbeit“

Arbeitsministerium regt neue Verhandlungen an

W. T. B. teilt mit: In der Frage des Angestelltenabbaues in der Berliner Metallindustrie haben am 14. August auf Einladung des Reichsarbeitsministers Verhandlungen zwischen den Vertragsparteien stattgefunden. Der Schwierigkeiten wegen, die einer generellen Regelung entgegenstehen, wurde seitens des Verhandlungsleiters vorgeschlagen, über die Frage der Rücknahme der ausgesprochenen Kündigungen und damit im Zusammenhang der Einführung der Kurzarbeit und über die übrigen Streitfragen in den vornehmlich in Betracht kommenden Betrieben zwischen den Vertragsparteien unter Hinzuziehung der

gesetzlichen Angestelltenvertretungen nochmals zu verhandeln. Die Parteien werden in Kürze zu diesem Vorschlag Stellung nehmen.

Kein türkisch-persischer Konflikt? Grenzregulierung wird vorgeschlagen

KONSTANTINOPEL, 14. August. (Reuter.)

Die türkische Regierung hat eine neue Note nach Tcheran gerichtet, in der sie der persischen Regierung eine enge Zusammenarbeit gegen die Kurden vorschlägt. Türkischen Regierungsblättern zufolge sollen die Türken bereit sein, als Gegenleistung für das von den türkischen Truppen besetzte persische Gebiet einen entsprechenden türkischen Landstreifen abzutreten.